



Radebeul, 25.01.2017

Niederschrift

zur 47. Sitzung der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/
Osterzgebirge (öffentlicher Teil)

am: 14.12.2016

Ort: Kulturrathaus Dresden, Clara-Schumann-Saal

Beginn: 14:32 Uhr

Ende: 15:04 Uhr

Anwesenheit: s. Anwesenheitslisten (*Anlage 1*).

Die auf dieser Sitzung gefassten und ausgefertigten Beschlüsse sind dieser Niederschrift in
Anlage 2 beigefügt.

Die sitzungsbegleitende Präsentation ist aus *Anlage 3* der Niederschrift ersichtlich.

Tagesordnung

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen
3. Feststellung des Jahresabschlusses 2015
4. Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltplan 2017
5. Bekanntgaben, Anfragen, Sonstiges

Zu TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Verbandsvorsitzende, Herr Michael Geisler, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die Einladung vom 14.11.2016 war allen Verbandsräten mit Tagesordnung und Beratungsunterlagen fristgerecht zugegangen.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anträge oder Ergänzungen. Sie wird von den anwesenden dreizehn Verbandsräten so wie auf der Einladung angegeben bestätigt.

Die Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung war von Beginn der Sitzung an gegeben. Sie wurde durch den Verbandsvorsitzenden festgestellt.
Die detaillierte Anwesenheit ist den in Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Anwesenheitslisten zu entnehmen.

Zu TOP 2 Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen

Der Vorsitzende stellt fest, dass zum TOP 2 keine Stellungnahmen zur Beratung vorliegen, sodass dieser TOP unmittelbar nach Aufruf wieder geschlossen werden kann.

Zu TOP 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2015

Zum TOP war allen Mitgliedern der Verbandsversammlung die Beschlussvorlage VV 03/2016 mit dem Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 zugegangen.
Auf Nachfrage gibt es keinen Bedarf zu einem die Unterlagen erläuternden zusätzlichen Sachvortrag.

Es gibt keine Anfragen und keinen Diskussionsbedarf.

Der Verbandsvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Ergebnis der Beschlussfassung zur Beschlussvorlage VV 03/2016:

Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Zu TOP 4 Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltplan 2017

Allen Mitgliedern der Verbandsversammlung liegt hierzu die Beschlussvorlage VV 04/2016 mit Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2017 vor.

Frau Dr. Russig erläutert den Haushaltplan 2017 in einem Sachvortrag.

Sie geht dabei auf die Produktstruktur, die im kommenden Jahr anstehenden Aufgaben und die Eckpunkte der Haushaltsplanung ein.

Erstmals findet sich unter den Produkten ein neues Produkt 61.2.1.0, welches aufgrund der Zinssituation aus der im Jahr 2015 vorgenommenen Umwandlung von Tagegeld in verschiedene Festgeldanlagen resultiert.

Absolute Schwerpunktaufgabe im kommenden Jahr sei das Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplans, was sich auch in den Aufwendungen im Schlüsselprodukt Regionalplanung und Regionalentwicklung widerspiegeln.

Der Haushalt 2017 plane mit einem Fehlbetrag i. H. v. rd. 15.700 Euro, da die Rücklagemittel für einen vollständigen Haushaltsausgleich nicht ausreichen. Sie verweist in dem Zusammenhang jedoch auf das am 13.12.2016 im Sächsischen Landtag beschlossene 2. Gesetz zur Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung, mit dem die Übergangsvorschrift des § 131 Abs. 6 SächsGemO in das Jahr 2017 verlängert wurde und demnach ein nicht ausgeglichener Haushalt auch dann gesetzmäßig ist, wenn eine negative Änderung des Zahlungsmittelbestands im Haushaltsjahr durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve ausgeglichen werden kann. Da der RPV noch über genügend liquide Mittel verfüge, könne diese Regelung entsprechend Anwendung finden. In dem Zusammenhang geht sie wiederholt auf die Sondersituation der Regionalen Planungsverbände in Sachsen ein, wonach in Vorbereitung der Kommunalisierung der Regionalen Planungsstellen 2005 der statische Mehrbelastungsausgleich ausdrücklich unter einer hinreichenden Prognose der Kosten für die künftigen Jahre ermittelt worden sei. Die in den ersten Jahren angesammelten Gelder stünden nach Einführung der Doppik jedoch nun nicht mehr zur Verfügung, sodass bereits zum jetzigen Zeitpunkt für einen Haushaltsausgleich

adäquat zum Fehlbetrag Umlage in voller Höhe erhoben werden müsste. Solange jedoch in ausreichendem Maße liquide Mittel zur Verfügung stehen, sei dies nicht vermittelbar. Die Rechtsaufsicht, der dieses Problem bekannt sei, sei derzeit immer noch um eine Lösung bemüht und man hoffe sehr, dass dies auch gelingen möge.

Um erheblichen Fehlbeträgen in der Zukunft entgegenzuwirken, sei erstmals seit 2007, wie im Finanzplanungszeitraum des Haushaltsplanes 2016 bereits angezeigt, wieder eine Umlage i. H. v. 10.000 Euro vorgesehen.

Infolge der Auslegung des Entwurfs des Haushaltsplans seien keine Einsichtnahmen erfolgt und keine Einwendungen vorgetragen worden.

Herr VR Böhme möchte wissen, ob die Umlagehöhe für alle Gebietskörperschaften oder insgesamt gelte.

Frau Dr. Russig antwortet, dass der genannte Wert die Mitgliedskörperschaften in der Summe betreffe und damit im groben Überschlag Zahlungen i. H. v. ca. 5.000 Euro auf die Stadt Dresden und jeweils ca. 2.500 Euro auf jeden der beiden Landkreise zukommen.

Es gibt keine weiteren Anfragen und keinen Diskussionsbedarf.

Der Verbandsvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Ergebnis der Beschlussfassung zur Beschlussvorlage VV 04/2016:

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Zu TOP 5 Bekanntgaben, Anfragen, Sonstiges

Informationen der Verbandsgeschäftsstelle

- Frau Dr. Russig informiert ausführlich über den Sachstand im Fortschreibungsverfahren zum Regionalplan (s. hierzu auch Folien 14-17 der sitzungsbegleitenden Präsentation) sowie über Aktivitäten in den beiden Modellvorhaben der Raumordnung des Bundes, in die der RPV involviert ist (s. Folie Nr. 18):

Zum Fortschreibungsverfahren Regionalplan:

Der Planungsausschuss habe in seinen Sitzungen im September und November sich sehr intensiv mit einzelnen Themen befasst, indem die hinter diesen Themen stehenden Fachkonzepte von der VGS vorgestellt und erläutert und die Konsequenzen für die daraus resultierenden Festlegungen im künftigen Planentwurf diskutiert worden seien. Von diesen in dieser Form besonders behandelten Themen - Vorsorgestandorte Industrie und Gewerbe, Rohstoffsicherung, Vorranggebiete Landwirtschaft und Hochwasservorsorge - habe man zu Letzterem ein völlig neues und überarbeitetes Konzept vorlegen müssen, nachdem im Ergebnis vieler kritischer Hinweise aus der Beteiligung zum Regionalplanvorentwurf und einer Reihe von Abstimmungsgesprächen keine Einigung mit der Stadt Dresden in Aussicht stand. Die Diskussion dazu sei noch nicht abgeschlossen, sodass auch der Planungsausschuss im Januar sich noch einmal wiederholt damit befassen werde.

Am 10.11.2016 wurde ein Workshop zur Erarbeitung des Leitbildes durchgeführt, zu dem u. a. alle Verbandsräte mit den entsprechenden Materialien eine Einladung erhalten hatten. Die Ergebnisse des Workshops würden derzeit in einen ersten Leitbildentwurf umgesetzt, der ebenfalls im Januar im Planungsausschuss vorberaten werden soll.

Zum Thema Windenergie habe aus verschiedenen Gründen das im Sommer beauftragte Artenschutzgutachten nicht schon wie ursprünglich geplant Ende Oktober, sondern erst Ende November vom Auftragnehmer vorgelegt werden können, sodass die Befassung des Planungsausschusses in seiner Novembersitzung damit nicht mehr möglich war. Nachdem der Umgang mit den Ergebnissen zunächst mit der dieses Gutachten begleitenden Projektgruppe noch im Dezember besprochen werden soll, sei vorgesehen, die Vorschläge zur Festlegung der künftigen Vorrang- und Eignungsgebieten im Ergebnis der artenschutzfach-

lichen Einschätzung und einer darüber hinausgehenden Einzelfallabwägung zu den Windpotenzialflächen erstmals am 25.01.2017 im Planungsausschuss vorzustellen.

Die zum Thema Windenergie, Schall und Gesundheit im August angekündigte Informationsveranstaltung werde am 30.01.2017 im Hygienemuseum in Dresden stattfinden; Flyer zur Veranstaltungsankündigung liegen an den Plätzen und am Einlass aus und könnten gern – z. B. zur Bekanntmachung in den Kommunen – mitgenommen werden.

Zum Thema Kulturlandschaft/Problem Sichtexponierter Elbtalbereich habe es zwischen der Stadt Dresden und der Verbandsgeschäftsstelle sehr umfangreiche Abstimmungen gegeben; im Ergebnis habe man sich nun weitgehend auf eine gegenüber dem Regionalplavor Entwurf wesentlich umfassendere Festlegung, die der im Regionalplan 2009 sehr nahe komme, einigen können.


Erneut werde man sich noch einmal mit dem Thema Siedlungsentwicklung im nahen Umland von Dresden befassen müssen, nachdem dieses noch einmal an den RPV hergetragen worden sei. Im RPV habe man sich diesbezüglich ja bereits verständigt, dass es keine besondere Gemeindefunktion „Wohnen“ geben soll; aktuell gebe es deshalb Überlegungen, sich über den Ansatz der Kooperation der Problematik noch einmal zu nähern. Ob dies zielführend sein kann, soll ebenfalls der Planungsausschuss im Januar 2017 beraten.

Schließlich stellt Frau Dr. Russig noch die aktualisierte Zeit- und Arbeitsplanung zum Regionalplan vor, wie sie auf Folie 17 der sitzungsbegleitenden Präsentation dargestellt ist.

- Es wird auf die an den Plätzen aller Mitglieder der Verbandsversammlung ausgelegte vorläufige Sitzungsplanung für das Jahr 2017 hingewiesen. Da auch von anderen Verbänden und Gremien noch nicht alle Sitzungspläne vorliegen, könne es jedoch durchaus noch zu Änderungen bei den Terminen kommen.
- Es wird um eine zeitnahe Abrechnung von Fahrtkosten, soweit diese geltend gemacht werden, gebeten.
- Frau Dr. Russig verabschiedet Frau Michalk zum 31.12.2016 in den Ruhestand. Sie dankt ihr für Ihre sehr engagierte Arbeit für den Regionalen Planungsverband über mehr als 18 Jahre und wünscht Ihr für die bevorstehende Zeit alles Gute.
Die Verbandsräte schließen sich dem Dank und den guten Wünschen an.

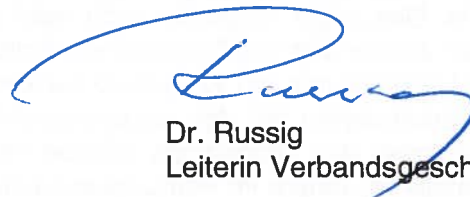
Seitens der Verbandsräte und beratenden Mitglieder gibt es keine Anfragen.

Der Verbandsvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.



M. Geisler
Verbandsvorsitzender

aufgestellt:



Dr. Russig
Leiterin Verbandsgeschäftsstelle